

DIE USA, DER IS UND SAUDI-ARABIEN

Posted on 4. Februar 2017

Von Ernst Wolff.

Wie sein Vorgänger Obama hat auch US-Präsident Trump die Vernichtung des Islamischen Staates (IS) zu einer seiner vordringlichsten Aufgaben erklärt. Die Mitglieder der Terrororganisation müssten „ausradiert werden und von der Oberfläche der Erde verschwinden“. Ihre Verbrechen seien so schwerwiegend, dass auch der Einsatz von Folter gegen sie gerechtfertigt sei.

Wie sein Vorgänger Obama hat Präsident Trump weder im Wahlkampf, noch seit seiner Amtseinführung auch nur ein einziges Wort gegen das Herrscherhaus in Saudi-Arabien gerichtet, obwohl dessen systematische Menschenrechtsverletzungen denen des IS in nichts nachstehen. Unter dem Regime des Hauses von Saud sind die Amputation von Gliedmaßen, das Köpfen, das Erhängen und die Steinigung als Strafe für Vergehen gegen die fundamentalistisch ausgelegten Vorschriften der Scharia an der Tagesordnung.

Dass der IS und das saudische Königshaus trotz der Übereinstimmung in ihren Grundwerten von den USA unterschiedlich behandelt werden, hat seinen Grund: Saudi-Arabien ist seit Jahrzehnten der engste Verbündete der USA im Nahen Osten und genießt deshalb trotz aller Verbrechen Washingtons uneingeschränkte Solidarität. Der IS dagegen dient den USA als Vorwand für ihre Militäreinsätze im Nahen Osten und wird deswegen zu deren Rechtfertigung ständig als Hort des Bösen angeprangert.

Interessant ist neben der doppelten Moral, die sich hinter dieser Politik verbirgt, die Tatsache, dass der IS und Saudi-Arabien außer ihrem religiösen Fanatismus und ihrer Verachtung für die Menschenrechte eine entscheidende Gemeinsamkeit aufweisen: Beide wären ohne das Mitwirken der USA niemals zu dem geworden, was sie sind. Außerdem besteht zwischen beiden eine oft übersehene und sehr aufschlussreiche Wechselbeziehung.

Saudi-Arabien – Seit Jahrzehnten wichtigste internationale Stütze des US-Dollars

Das 1932 gegründete Saudi-Arabien ist nicht nur wegen seiner riesigen Erdölvorkommen einer der weltweit wichtigsten Verbündeten der USA. Es ist seit der Mitte der Siebziger Jahre einer der Eckpfeiler

des vom US-Dollar beherrschten globalen Finanzsystems.

Nach der Aufhebung der Gold-Dollar-Bindung 1971 und dem Ende der festen Wechselkurse 1973 geriet die Rolle des US-Dollars als Weltwährung Nr. 1 in Gefahr. Zwar hatte er seinen Status als Leitwährung seit der Konferenz von Bretton Woods (1944) bis in die letzten Winkel der Erde durchsetzen können, doch seine Entkoppelung von einem festen Wert – dem Gold – hatte ihn zu einer „Fiatwährung“ (einer ungedeckten Währung) und damit zu einem schwer kalkulierbaren Risiko fürs globale Finanzsystem gemacht.

Um diesen Zustand zu beenden, schlossen die USA Mitte der Siebziger Jahre ein historisches Abkommen mit Saudi-Arabien: Dessen Herrscherhaus wurde von den USA verpflichtet, innerhalb der OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) dafür zu sorgen, dass Öl – die weltweit meistgehandelte Ware – nur noch in US-Dollar gehandelt wurde (der sogenannte „Petro“-Dollar). Außerdem sollte es die eigenen Dollar-Überschüsse fortan als Staatsanleihen in den USA investieren. Im Gegenzug garantierten die USA dem Herrscherhaus von Saud Schutz vor seinen Feinden (im Ausland insbesondere vor Israel, Syrien und dem Iran, im Inland vor den eigenen Untertanen) und unbegrenzte Waffenlieferungen.

Für die Finanzelite der USA war es in dreifacher Hinsicht ein lukrativer Deal: Erstens sorgte die Bindung des Öls an den US-Dollar dafür, dass ihm neben seiner Rolle als globale Leitwährung auch noch die – viel wichtigere – Rolle der globalen Reservewährung zufiel. (Da sämtliche Länder der Erde auf Öl als Energieträger angewiesen sind, müssen seither fast alle über ausreichende US-Dollar-Reserven verfügen.) Zweitens spülten die Käufe von Staatsanleihen durch das Haus von Saud Billionenbeträge in die US-Staatskasse, die zur Führung weiterer Kriege (z.B. in Afghanistan, Pakistan, Somalia, Libyen, Syrien, Jemen) genutzt werden konnten. Und drittens erhielt die US-Rüstungsindustrie durch den Pakt einen ihrer zahlungskräftigsten Dauerkunden.

Für das Herrscherhaus von Saud hat sich der Deal ebenfalls gelohnt: Bis an die Zähne bewaffnet und mit der stärksten Militärmacht der Erde im Rücken konnte es mit der Ausbeutung von neun Millionen unterbezahlten und zum Teil unter katastrophalen Verhältnissen lebenden Fremdarbeitern weiterhin

ungestört sagenhafte Reichtümer anhäufen und gleichzeitig jegliches Aufbegehren gegen die eigene mittelalterliche Herrschaft gewaltsam im Keim ersticken.

Die Verbindung zwischen den USA und Saudi-Arabien kennt also zwei Gewinner: Die Finanzelite der USA und das Herrscherhaus der wohl rückständigsten absoluten Monarchie auf der Erde.

Der IS – Vorsätzlich geschaffenes Produkt eines typischen Stellvertreterkrieges

Der IS, zeitweilig auch als ISIS (Islamischer Staat in Syrien) bekannt, ist nicht, wie von Politik und Mainstream-Medien behauptet, die Folgeerscheinung eines außer Kontrolle geratenen Bürgerkrieges in Syrien. Er ist vielmehr das Produkt eines von den USA geförderten Versuchs des Regime-Wechsels in Damaskus. Zwar hat dessen Geschichte mit inneren Auseinandersetzungen in Syrien begonnen, doch wären diese ohne das Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten längst versiegt und versandet.

Das syrische Assad-Regime ist den USA seit langem ein Dorn im Auge. Als Verbündeter des Iran und der Hisbollah-Bewegung und wegen seiner politischen Nähe zu Russland und China steht es dem Versuch der dauerhaften Unterwerfung des ölreichen Nahen Ostens unter die geo-strategischen Interessen der USA (u.a. dem Bau von Pipelines) im Weg. Aus diesem Grund bemüht sich Washington seit längerem um den Sturz der politischen Führung des Landes.

So lange aber das Ziel, ein pro-westliches Regime in Damaskus zu installieren, nicht zu erreichen ist, verfolgen die USA ihre seit mehr als einem Jahrhundert bewährte Strategie der Destabilisierung und unternehmen alles, was in ihrer Macht steht, um dem bestehenden Regime zu schaden. Dazu gehört in erster Linie die Förderung all der Kräfte, die gegen Präsident Assad kämpfen.

Dabei ist es den USA vollkommen gleichgültig, welchen politischen Hintergrund die von ihnen unterstützten Gruppierungen haben. So haben sie neben der Freien Syrischen Armee auch radikal-islamische Gruppierungen wie Al Nusra und den im Irak gegründeten ISIS in ihrem Kampf gegen Assad unterstützt. Und das, obwohl ISIS sich zu Beginn seiner Aktivitäten hauptsächlich aus Mitgliedern der Al Qaida rekrutierte – also der Organisation, die von Washington für die Anschläge vom 11. September

verantwortlich gemacht wird und die den USA bis heute als Vorwand für den historischen „Krieg gegen den Terror“ dient.

Die doppelte Spiel, das die USA in Syrien treiben, hat damit einen Hintergrund, der uns wieder zu ihrem wichtigsten Verbündeten, Saudi-Arabien, führt: Der Krieg, den die Sowjetunion 1979 zur Unterstützung eines ihr gewogenen Regimes in Afghanistan begonnen hatte, führte nämlich dazu, dass sich radikal-islamische Kräfte (Mudschaheddin und Islamische Brigaden Afghanistans) gegen die Angreifer formierten. Diesen Widerstand griffen die USA mit Hilfe der CIA auf und unterstützten die Bildung der Al Qaida, die damals aus genau diesen radikal-islamischen Kräften hervorging. Langjähriger Führer der Al Qaida und Vertrauensmann der USA war ein milliardenstarker saudi-arabischer Bauunternehmer namens Osama bin Laden...

Der wahre Grund für die unterschiedlichen Strategien: Geld, Macht und das globale Finanzsystem

Nach ideologischen oder gar moralischen Gründen für die Politik der USA und ihrer Verbündeten im Nahen Osten zu suchen, ist also vergebene Mühe. Es geht Washington beim Wechsel zwischen Allianzen und Feindschaften ausschließlich um Geld, Öl und Macht.

Eine besondere Rolle fällt hierbei den Mainstream-Medien zu, die die Öffentlichkeit immer auf den jeweiligen (und sich oft selbst widersprechenden) Kurs der US-Regierung einschwören müssen. Das geschieht auf mehrere Arten und Weisen: Die häufigsten darunter sind die Unterschlagung von Informationen, das Schüren von Hass durch gezielte Übertreibung oder dreiste Fälschung.

Im Fall Saudi-Arabiens wird vor allem mit der ersten Variante gearbeitet: Die Unmenschlichkeit des Herrscherhauses wird nur selten erwähnt, über seine Kriege (wie den gegen den Nachbarstaat Jemen) wird nur spärlich berichtet, und Tatsachen wie die, dass 15 der 18 Terroristen bei den Anschlägen auf das World Trade Center saudi-arabische Staatsbürger waren, werden großzügig übergangen. Aktuellster Beweis für die Sonderbehandlung Saudi-Arabiens: Dass Donald Trumps Einreiseverbot für Muslime neben einigen anderen Staaten ausgerechnet Saudi-Arabien ausnimmt, war keinem Mainstream-Medium auch nur eine Meldung wert.

Genau das aber zeigt, worum es beim Einreiseverbot für Muslime und im weiteren Sinne beim gesamten „Krieg gegen den Terror“ geht: Beide dienen nicht der Verhinderung von Anschlägen, sondern tragen dazu bei, ihnen den Boden zu bereiten und helfen so mit, den USA genügend Vorwände zu liefern, um ihre ausschließlich den eigenen Interessen dienende Kriegspolitik im Nahen Osten auch in Zukunft fortzusetzen.

Ernst Wolff ist freier Journalist und Autor des Buches „Weltmacht IWF – Chronik eines Raubzugs“, erschienen im Tectum-Verlag, Marburg.

Danke an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Artikels.

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.